



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Streit um den Hansabund

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Streit um den Hansabund



uzende von Briefen, Erklärungen, Gegenerklärungen, leidenschaftlichen Angriffen und ebenso gestimmten Erwidernngen haben wir gelesen, seitdem Landrat a. D. Rötger den Hansabund verlassen hat und ihm viele Industrielle gefolgt sind. Die Angriffe auf den Hansabund werden immer gehässiger, aber auch auf den Zentralverband deutscher Industrieller, dessen Vorsitzender Rötger ist, fallen die Folgen seines Austritts schwer zurück; eine allgemeine Verwirrung und Verbitterung droht einzugreifen und man muß offen sagen, daß in diesem Streite viele Gegner des Hansabundes in einer Weise kämpfen, die selbst den wenigen sachlichen Ausführungen, die sie zu machen haben, allen Wert nimmt. Mit so skrupellosen Fechttern, zu denen leider auch Steinmann-Bucher in dieser Frage gehört, oder gar mit so zügellosen Männern, wie Dr. Lille, kann aus diesem Grunde eine Erörterung überhaupt nicht geführt werden. Aber auch die Leiter des Hansabundes haben für einige wichtige Behauptungen keinen Beweis liefern können und die Freunde des Hansabundes und seine Verteidiger in der Presse begehen eine Torheit nach der andern. Zu den zahlreichen Äußerungen in diesem Streite ist nun in den letzten Wochen ein Schriftchen von H. A. Bueck getreten, zu dem es sich lohnt, Stellung zu nehmen. Die Schrift des früheren Generalsekretärs des Zentralverbandes deutscher Industrieller führt den Titel: *Weshalb die Industrie der Nießerschen Parole „Kampf gegen rechts“ nicht folgen soll* (31 Seiten, Berlin, Julius Springer).

Bueck gibt zunächst auf 22 Seiten einen Abriss der Geschichte der Schutzollpolitik seit 1879, die sich sehr hübsch liest. Der Nuzanwendung aus dieser Geschichte und der Verteidigung Rötgers widmet Bueck die übrigen 8½ Seiten des Heftes und bringt dabei Ausführungen, zu denen man nicht schweigen kann. Bueck sagt, es gebe Kreise der Industrie, die bereit seien, den Kampf gegen die Bismarcksche Wirtschaftspolitik aufzunehmen, das seien die gleichgültigen Industriellen, die die Wirkungen der Schutzollpolitik auf das Aufsteigen Deutsch-

lands nicht beachteten, die engherzigen Industriellen, die die großen Vorteile der Schutzzölle über den kleinen mit einer solchen Schutzzollpolitik nun einmal notwendig verbundenen einzelnen Hemmungen vergäßen, die kurzfristigen Industriellen, die, weil sie selbst trotz fremder Zollschranken überseeischen Absatz erobert haben, meinten, ihre Ausfuhr werde gefördert, wenn wir die Zölle abschaffen und die sich hätten einreden lassen, liberale Männer müßten zugleich Freihändler sein. Vor allem gehörten dazu Vertreter der Fertigungsindustrie. Auf die verbündeten Regierungen sei kein Verlaß, sie hätten an sich in der Zollpolitik unnötig nachgegeben, bewiesen auch sonst den Parteien gegenüber zuviel Nachgiebigkeit. Die Parteien selbst, die im Reichstag entscheiden, ließen eine unveröhnliche Feindschaft gegen die jetzige Wirtschaftspolitik erkennen, an der Spitze aus Grundsatz die Sozialdemokratie und die Liberalen (?). Das ursprünglich zuverlässige Zentrum rechne auch nicht mehr als unbedingt sichere Stütze der Schutzzölle, ebensowenig ein erheblicher Teil der nationalliberalen Partei, der dem Fahrwasser der freisinnigen Vereinigung (!) zusteure. Nur von den Konservativen sei zu erwarten, daß sie auch heute für den Schutz der nationalen Arbeit eintreten werden.

Nun habe der Hansabund mit der genugsam bekannten Erklärung seines Präsidenten beim ersten deutschen Hansatage am 12. Juni eine absolute Schwenkung ins linksliberale Lager vollzogen, die jubelnde Zustimmung jener Versammlung habe mit anderen Erscheinungen unserer Tage gezeigt, daß der Hansabund einen bedeutungsvollen Meilenstein für die Zunahme und Erstarkung des Zuges nach links darstelle. Nießer habe es allerdings sorgfältig vermieden, zu den großen für die Industrie bedeutsamen Fragen, klar und unzweideutig Stellung zu nehmen, und weite Kreise der Industrie suchten nur die Achsel über seine Erklärung, der Hansabund sei in den Fragen der Zollpolitik nur der ehrliche Makler zwischen den streitenden Auffassungen der Wirtschaftspolitik. Denn bei seinem Abschwanken zu den Linksliberalen, deren Presse ihn vollständig für sich in Anspruch nehme, müßte er sich auch der Wirtschafts- und Handelspolitik dieser Kreise anbequemen; Nießer werde also ein entschiedener Gegner der Bismarckschen Politik des Schutzes der nationalen Arbeit werden. Wenn Nießer nun das gesamte Bürgertum gegen die konservativen Parteien aufgerufen habe, so werde der schutzöllnerischen Industrie zugemutet, gegen die einzig sichere Stütze der Schutzzollpolitik zu kämpfen. Dieser Parole könnten selbst- und zielbewußte Industrielle nicht folgen, könne sich vor allem der Zentralverband deutscher Industrieller nicht anschließen.

Diese Ausführungen Buecks enthalten eine ganze Menge anfechtbarer Behauptungen. Es ist zum mindesten sehr zweifelhaft, ob es sehr viele Industrielle gibt, die den Kampf gegen das Schutzzollsystem mit großer Entschlossenheit schon heute führen. Von einem solchen Kampfe hat man bisher doch recht wenig bemerkt. Es erregte allgemeines Aufsehen und wurde vielfach für einen ausgestreckten Fühler der Regierung gehalten, als im vergangenen Jahre die Frankfurter Zeitung behauptete, der Reichskanzler werde als Stichwort für die nächsten Reichstagswahlen den Schutz der nationalen Arbeit ausgeben. Aber alles blieb still, die Anfrage fiel zu Boden. Wenn eine entschlossene Gegnerschaft gegen die Schutzzölle vor allem in der Industrie selbst vorhanden wäre, hätte dies kaum geschehen können. Abgesehen ist auch einem Anhänger des Schutzzoll-

systems eine Erörterung des Maßes der Zölle und eine Betrachtung, wie weit es die entschiedene und zielbewußte Förderung der Ausfuhr zulassen könne und zulassen müsse, durchaus gestattet und die Fertigindustrie ist keine Verräterin am System, wenn sie solche Betrachtungen anstellt. Bueck hat freilich immer die Bedeutung des innern Marktes für die Industrie etwas einseitig hervorgehoben, damit ist aber andern noch nicht untersagt, darüber anderer Meinung zu sein wie er. Es ist durchaus richtig, daß die freisinnige Volkspartei tatsächlich Gegnerin der Schutzzollpolitik ist und daß ihre Versuche, vorläufig nur vom allmählichen Abbau der Zölle zu reden, nicht viel sagen wollen, aber es ist offensichtlich unrichtig, von dem Zentrum oder gar einem erheblichen Teil der national-liberalen Partei zu sagen, sie seien nicht unbedingt sichere Anhänger des Wirtschaftssystems. Freilich werden sich alle diese Parteien ihr Urteil und die Entscheidung über die Höhe einzelner Zölle offen halten, vielleicht sogar gegen eine weitere Ausdehnung und Erhöhung der Agrarzölle angehen, das Zentrum vor allem muß hier so laviieren, daß es seine Arbeiter und zugleich seine Anhänger unter den Landwirten zufrieden stellt. Aber denken denn nicht andere heute ebenso? Hat nicht Bueck selbst erklärt, mit den Agrarzöllen sei es nun genug? Hat nicht der Zentralverband deutscher Industrieller die heute taktisch noch nicht einmal kluge Erklärung feierlichst abgegeben, er werde nicht in eine weitere Erhöhung der Lebensmittelzölle willigen? Die Schilderung der Parteienstellung zur Schutzzollpolitik ist also mindestens recht übertrieben, einseitig Grau in Grau gemalt, um darzutun, wie notwendig die Freundschaft mit den Konservativen sei.

Ebenso anfechtbar sind die Ausführungen Buecks über Nießer. Es ist doch wohl etwas kühn, zu sagen, daß der Hansabund eine absolute Schwentung ins linksliberale Lager vollzogen habe, weil sein Vorsitzender einige, allerdings recht überflüssige persönliche Bemerkungen über die Mitarbeit der Sozialdemokraten und über gewisse von ihm eigenartig gedeutete innerpolitische Vorgänge bei der sogenannten Sammlungspolitik gemacht hat. Wir haben doch einen Hansabund und keinen Nießerbund, sagte Professor Duisberg sehr richtig, und dem Hansabund kann man höchstens den berechtigten Vorwurf machen, daß einige seiner Agitationsredner nicht die Richtlinien des Hansabundes, sondern eine eigene recht kritikbedürftige Auffassung unserer Wirtschaftspolitik vertreten haben. Der Hansabund als solcher hat keine Beschlüsse gefaßt, die gegen seine von der Industrie gebilligten Richtlinien verstoßen. Es heißt die Sachlichkeit der Kritik bedenklich verletzen, wenn Bueck behauptet, weil die Linksliberalen und ihre Presse Nießer als den ihrigen in Anspruch nehmen, so müsse dieser mit absoluter Sicherheit Gegner der Schutzzollpolitik werden. Es kommt doch nicht darauf an, wie die Linksliberalen und das Berliner Tageblatt Nießer ansehen, sondern wie dieser sich selbst ansieht und was er tatsächlich ist. Es ist schwer zu glauben, daß die Mitgliedschaft Nießers im Vorstande der nationalliberalen Partei Bueck unbekannt geblieben sein sollte, nachdem Nießer auf diese Tatsache selbst wiederholt öffentlich aufmerksam gemacht hat.

Es ist richtig und sehr bedauerlich, daß Nießer von sich sagen kann „Gott schütze mich vor meinen Freunden“. Es ist richtig, daß die Frankfurter Zeitung, ganz zu schweigen vom Berliner Tageblatt, fortgesetzt versuchten, den Hansabund in einer ganzen Reihe von Fragen und so auch in der Zoll- und Handelspolitik

von der ihm streng zugewiesenen Neutralität abzutrennen. Schrieb doch die Frankfurter Zeitung am 12. Juli 1911 ganz offen, „man könne ein Schutzollsystem von solchem Umfang und solcher Höhe, wie das unsrige, nicht im Handumdrehen beseitigen, eine solche Umwälzung könne von den aller schlimmsten Erschütterungen für unser gesamtes nationales Wirtschaftsleben begleitet sein. Es müsse schrittweise herabgemindert werden auf ein erträgliches Maß; der Hansabund solle nicht über diese Linie hinausgehen, wohl aber müsse er sich entschlossen und bewußt auf diese Linie stellen“. Wenn der Hansabund das täte, würde er eben eine einseitige Stellung entgegen seinen Richtlinien nehmen. Es ist der Industrie nicht zu verdenken, wenn sie angesichts solcher Aussprüche nachdenklich wird. Sie muß um so vorsichtiger sein, als der nächste Reichstag über die Festsetzung der Handelsvertragspolitik entscheidet. Aber andererseits ist doch der erwähnte Standpunkt der Frankfurter Zeitung nichts neues und es kommt auf ihn wenig an, solange man dem Hansabund nicht nachweisen kann, daß er durch seine berufenen Organe den Lockungen falscher Freunde auch wirklich folgt. Das kann nicht bewiesen werden und darum ist der Schluß Buecks, Nießer müsse mit absoluter Sicherheit Freihändler werden, nicht haltbar und wenn Nießer die Schwenkung für seine Person wirklich vornähme, wäre es vielleicht zweckmäßig, wenn er den Hansabund nicht mehr leitete, einen Vorwurf könnte man dem Bund selbst aber nur machen, wenn dieser sich von dem Vorsitzenden in eine einseitige Richtung drängen ließe.

Alle diese Erörterungen treffen aber nicht die Hauptsache. Über die Frage, ob der Hansabund nützlich ist oder nicht, ob man ihm angehören oder fernbleiben muß, entscheidet doch nicht die Stellung zur Schutzollpolitik. Das ist eine der das Volk bewegenden Fragen und kein einsichtiger Industrieller, der dem Hansabund früher beitrug, war im unklaren, daß der Hansabund gerade bei dieser Frage vielleicht am wenigsten zu einer Einheitlichkeit und damit zu positiver Arbeit kommen werde. Es handelte sich beim Hansabund doch darum, dem Gewerbeleben ganz im allgemeinen eine größere Beachtung im öffentlichen Leben und eine bessere Vertretung in den öffentlichen Körperschaften zu schaffen und es mußte sich erst herausstellen, wie weit in einzelnen praktischen Fragen der Bund zu bestimmten, grundsätzlichen Äußerungen würde kommen können oder von ihnen absehen müsse. Es heißt die Dinge in ein ganz falsches Licht rücken, wenn man den Hansabund nur vom Standpunkt der Schutzollpolitik betrachtet und behauptet, der wahre Freund der Industrie seien die konservativen Parteien, weil diese — wohl verstanden, wegen ihrer eigenen Interessen — die Schutzollpolitik sicher unterstützen. Wenn man die viel richtigere Frage aufwirft, sind denn die konservativen Parteien gewillt, den Gewerbetreibenden den ihm gebührenden Einfluß im öffentlichen Leben zuzugestehen, haben sie denn industrielle oder Handelsinteressen jemals wirksam gefördert, so muß die Antwort für die Deutschkonservativen unbedingt Nein lauten. Der Hinweis darauf, daß sie jüngst die Industrie in der Abwehr zu weit gehender Anträge bei der Reichsversicherungsordnung unterstützt hätten, will so wenig besagen, wie die bekannte eine Schwalbe für das Herannahen des Sommers. Nein, für den gesamten Gedankeninhalt der Hansabundbewegung kann von der sicheren Freundschaft der Konservativen keine Rede sein, viel eher von einer sicheren Feindschaft. Das ist aber der springende Punkt der Sache. Übrigens

redet Bueck im Titel seines Schriftchens von einer Riezerschen Parole zum „Kampf gegen rechts“. Es würde ihm sehr schwer werden, den Beweis dafür anzutreten, daß Riezer ein solches Stichwort ausgegeben hat. Er redet ferner davon, Riezer wolle den Kampf gegen die konservativen Parteien bis aufs Messer führen. Auch das ist aus der Riezerschen Rede nicht zu belegen.

Die wertvollste Arbeit für seine Gedanken soll der Hansabund im politischen Wahlkampfe leisten und gerade da fürchtet die Industrie die Zukunft, indem sie darauf hinweist, daß das Eingreifen des Hansabundes in die bisherigen Reichstagsersatzwahlen entweder Sozialdemokraten oder die Gegner der Schutzollpolitik gefördert habe, eine Behauptung, zu der der Hansabund unbedingt reden muß; sein bisheriges Schweigen ist nicht zu billigen. Man sagt sich in der Industrie, wenn die Arbeit des Hansabundes auch bei den nächsten Hauptwahlen zum Reichstage zu solchen Ziele führt, können wir nicht mitgehen. Das ist auch der Grundgedanke der Bueckschen Ausführungen. Wenn das richtig ist, was er von der Schutzollgegnerschaft der verschiedenen Parteien sagt, so kann der Zentralverband deutscher Industrieller schlechterdings mit seinem eigenen Wahlfonds nur konservative Reichstagskandidaten unterstützen, Angehörige aller anderen Parteien scheiden als mindestens unsichere Heerespflichtige ohne weiteres aus. Wie verfährt nun der Zentralverband selbst? In einer Flugschrift des mittelhheinischen Fabrikantenvereins zu Mainz von Ende Juli 1911 heißt es darüber: „Wir waren festzustellen in der Lage, daß bis in die Zeit der letzten Reichstagsersatzwahlen (also zu einer Zeit, wo Bueck noch Geschäftsführer des Zentralverbandes war) Angehörige der freisinnigen und nationalliberalen Partei, niemals aber Agrarier Wahlunterstützung aus dem Wahlfonds des Zentralverbandes deutscher Industrieller erhalten haben. Es liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß die künftige Verwendung in anderem Sinne erfolgen soll.“ Diese interessante Feststellung paßt zu den Bueckschen Darlegungen wie die Faust aufs Auge. Es ist aber ganz klar, daß man im politischen Kampfe gar nicht anders vorgehen kann, da man weder vom Zentralverband noch vom Hansabunde die Kandidaten aufstellen oder die Wahlkreise an die Parteien verteilen kann. Sondern man sieht sich unter den gegebenen Parteiverhältnissen die von den politischen Parteien vorgeschlagenen Leute darauf an, ob sie im Reichstage im allgemeinen als sachverständige Männer die gewerblichen Interessen verstehen und fördern können und wollen und muß daher auch Männer unterstützen, die nicht alle Anschauungen teilen, die die unterstützende Körperschaft in der Wirtschafts- und Sozialpolitik für richtig hält.

Die Schwierigkeit beim Hansabund liegt ganz wo anders. Bei ihm fragt es sich immer erst: ob er zu bestimmten Fragen eine bestimmte Stellung nehmen kann, ob sich unter seinen Mitgliedern ein Ausgleich der Anschauungen auf der berühmten mittleren Linie vollziehen läßt. Es ist natürlich recht mißlich, wenn man einen Kandidaten auf die Vertretung noch so allgemein ausgedrückter Interessen verpflichten will und man kann ihm gar nicht angeben, welches diese Interessen sind. Die Richtlinien des Hansabundes genügen zu diesem Zwecke vielfach nicht. Diese außerordentliche Schwierigkeit zu einheitlichen Beschlüssen in Wirtschaftsfragen zu kommen, macht den Hansabund so schwer beweglich und wenig produktiv. Das hemmt seine Wirksamkeit und bringt unter Umständen natürlich auch Fehlgriffe bei der Wahlarbeit mit sich. Doch das gehört in ein anderes

Kapitel. Hier war nur festzustellen, daß der Zentralverband ebenso wie der Hansabund bei ihrem Eingreifen in den politischen Wahlkampf die Dinge nehmen müssen, wie sie sind und daß man Nießer, selbst wenn es den Tatsachen entspräche, nicht wohl den Vorwurf einer linksliberalen Gesinnung machen und aus diesem Grunde den Hansabund wegen verderblicher politischer Gesinnung verlassen kann, wenn man anderseits im Zentralverband selbst die linksliberalen Antischutzöllner unterstützt.

Ich habe soeben schon angedeutet, daß die Schwierigkeiten zur äußeren Einheit, die innere Einheit der Anschauungen zu setzen, für den Hansabund recht groß sind und man mag mit Recht zweifeln, ob es gelingt, sie zu besiegen. Darüber heute schon zu urteilen und sich diesem Urteile entsprechend vom Hansabunde abzuwenden, ist verfrüht. Solche Dinge lassen sich nicht in Monaten zum einen oder andern Ende bringen. Man muß vorläufig mithelfen, soweit es geht und abwarten. Nun hat allerdings Rötger gesagt, er habe wochen- und monatelang mit Nießer über die vorhandenen Gegensätze verhandelt, aber so lange nicht genau bekannt ist, um welche Gegensätze es sich handelte und in welcher Weise Rötger die Streitfragen gelöst wissen wollte, ist mit solchen Beteuerungen wenig genug anzufangen, und Rötger hat vor allem nicht nachgewiesen, daß er die Instanzen des Hansabundes erschöpft hat, bevor er mit dem Präsidenten Nießer persönlich brach. In einem Vortrage von Handelskammersyndikus Hirsch in Essen am 15. August 1911 finden sich bestimmtere Angaben über diese Verhandlungen. Es ist dort ausgeführt worden, daß die industriellen Kreise auf eine klare und unumwundene Stellungnahme des Hansabundes für die Aufrechterhaltung unserer Wirtschaftspolitik und gegen die Sozialdemokratie den allergrößten und entscheidenden Wert legen müßten. Mit andern Worten, einige Industrielle verlangten in einer an sich unter den Mitgliedern des Hansabundes streitigen Frage eine Entscheidung nach einer Seite. Das erforderte eingehende Verhandlungen auf breiter Grundlage. Nießer konnte als Vorsitzender des Bundes diese Forderung so wenig erfüllen, wie Rötger, solange er im Präsidium des Hansabundes stand. Nießer hat dann die Wiesbadener Erklärung abgegeben, die Hirsch mit Recht gewunden nennt, die aber gar nicht anders ausfallen konnte, wenn sich Nießer an die Richtlinien hielt. Nun ist es mir unerklärlich, wie sich die Industriellen, die die Stellungnahme zur Schutzollpolitik für so notwendig hielten, mit einer solchen Erklärung begnügt haben. Sie mußten doch zum mindestens eine Stellung des Ausschusses über die Frage herbeiführen, weil sonst das Präsidium keinesfalls Erklärungen nach einer Seite abgeben konnte. Mißlang die Einigung in dieser Frage, so mußte der Hansabund in ihr neutral bleiben wie bisher. Mehr war nicht zu erlangen, aber nach meiner Meinung ist es schon recht viel, einen so großen Verband auf Neutralität in so wichtigen Dingen festlegen zu können. So mußte verfahren werden, zum Bruch aber mit dem Hansabunde fehlte jeder Anlaß.

Die einfache Frage, die wir zu stellen haben, ist die, was denn nun eigentlich der Austritt Rötgers und der ihm folgenden Industriellen genützt hat? Dem Hansabund hat er geschadet, dieser Zweck darf als erreicht angesehen werden. Aber ebenso sehr hat der Austritt der Industrie geschadet, deren Einigung mit durch die persönliche Haltung Buecks so wenig gelingen will. Man muß die Art, wie jetzt der Bund der Industriellen gegen den Zentralverband deutscher Industrieller arbeitet, aufrichtig bedauern, aber sie ist doch nur die Folge alter Sünden auf

beiden Seiten. Rötger hat den Kampf gegen den Hansabund gegen die Ansicht mindestens einzelner, wenn nicht vieler Mitglieder des Zentralverbandes aufgenommen, die vielleicht dem Hansabunde im allgemeinen zweifelnd gegenüber stehen, die sich aber doch sagen, daß es unverantwortlich ist, die Bewegung einer größeren Zusammenfassung der Gewerbestände in einem Augenblick zu unterbrechen, wenn nicht zu vernichten, wo diese Bewegung die erste entscheidende Lebensäußerung versucht. Weiter war vonseiten Rötgers folgendes zu bedenken: Der Hansabund kann mit einer großen Organisation und großen Mitteln in den politischen Kampf der nächsten Zeit eingreifen und er muß es tun. Ist es tatsächlich richtig, daß der Bund linksliberal gerichtet ist und in diesem Sinne für Freihandel und für die Sozialdemokratie praktisch zu arbeiten sich anschickt, so ist die Gefahr um so größer, je weniger Gegner dieser wirtschafts- und sozialpolitischen Anschauung in ihm vorhanden sind. Man kann daher die von der Industrie gefürchtete schädliche Tätigkeit des Bundes gar nicht kräftiger fördern, als indem alle Industriellen den Bund verlassen und ihn der angeblichen Wühlarbeit der Linksliberalen überlassen. Das richtige wäre offenbar gewesen, jetzt gerade in dem Bund zu bleiben, und ihn in der besonderen Frage der Schutzzollpolitik theoretisch und soweit möglich auch durch Einfluß auf das politische Eingreifen praktisch bei der strengen Neutralität zu halten, die zu üben er verpflichtet ist. Ich halte es schließlich für taktisch ganz verkehrt, den kommenden Wahlkampf künstlich unter das Stichwort des Kampfes um die Schutzzollpolitik zu bringen, wie es durch das Auftreten Buecks jetzt geschehen ist, der zu allen Einseitigkeiten dieses ganzen Streites die größte Einseitigkeit gefügt hat.

Die nicht objektive, einseitige Haltung und wüste Form der Polemik in diesem ganzen Streite liegt, das muß nochmals ausgesprochen werden, vielmehr auf Seiten der Gegner des Hansabundes. Ist die Haltung des Berliner Tageblattes und der Frankfurter Zeitung für den Hansabund in vieler Beziehung zu bemängeln, so soll man doch auch ehrlich sagen, daß die Stellung der Post und der rheinisch-westfälischen Zeitung u. a. noch viel weniger erfreulich ist. Bueck bleibt selbstverständlich trotz sachlicher Schärfe und der bemängelten Fehler seiner Darstellung nach der persönlichen Seite ruhig, aber angenehm ist es für viele seiner Freunde und Verehrer, zu denen auch der Autor gehört, doch nicht, ihn in der Nähe solcher Kämpfer zu sehen. Die um den Streit im Hansabunde entwickelte Polemik hat einen tiefen Riß unter die Gewerbetreibenden gebracht, die sich kaum zu nähern begonnen hatten, hat die Industrie schlimmer gespalten als je und die Sache, für die Rötger und Bueck eintreten wollen, nicht nur nicht gefördert, sondern geschädigt. Das ist das beklagenswerte Ergebnis der Vorgänge und es ist besonders bezeichnend, daß Rötger von den Beweggründen, die Bueck in seiner Broschüre als maßgebend für die Trennung vom Hansabund angibt, keinen einzigen genannt, sondern sich auf ganz andere zum Teil viel nebensächlichere und keineswegs vollständig stichhaltige Trennungspunkte berufen hat, während sich allerdings die Gründe, die die rheinisch-westfälische Gruppe des Hansabundes für ihren Austritt aus dem Bund nennt, mit der Bueckschen Auffassung wohl decken.

